

Antrag 2023/A/4
AfA Rheinland-Pfalz**Empfehlung der Antragskommission**
Überweisen an: Abgeordnete Europaparlament**Europäische Industriepolitik als Antwort auf den Inflation Reduction Act (IRA)**

1 Ein Blick auf die wichtigen wirtschaftspoli-
2 tischen Indikatoren zeigt: Der Wirtschafts-
3 standort Deutschland steht vor großen
4 Herausforderungen.
5 Deutschland braucht einen Investitions-
6 schub. Die EU braucht einen Investitions-
7 schub. Wir brauchen einen Investitions-
8 schub, um die energetische und industri-
9 elle Transformation anzugehen. Damit wir
10 unsere Klimaschutzziele realisieren kön-
11 nen und auch unsere Wettbewerbsfähig-
12 keit aufrecht zu erhalten. Um in Zukunft ge-
13 genüber China und USA zu behaupten zu
14 wollen, müssen wir europäisch denken und
15 europäisch handeln. Der nationale Allein-
16 gang wird nicht funktionieren.
17 Bereits für die Wahl des Europaparlaments
18 in 2019 wurde in der SPD die Umsetzung
19 einer zusammenhängenden und vertieften
20 Wirtschafts- und Finanzpolitik diskutiert.
21 Es wurde ein Abbau wirtschaftlicher Un-
22 gleichgewichte in der EU durch eine ge-
23 meinsame Wirtschafts-, Finanz- und Sozial-
24 politik gefordert. Ebenso ein Abbau der Ar-
25 beitslosigkeit, insbesondere der Jugendar-
26 beitslosigkeit durch umfassende Investiti-
27 onsprogramme und Beendigung der „Spar-
28 politik“.
29 In der EU sind wir in die dieser Debat-
30 te nicht weitergekommen. Spanien hat ei-
31 ne Jugendarbeitslosigkeit von 29,5 %, Grie-
32 chenland 24,2 %. Der EU-Durchschnitt liegt
33 bei 14,2 %. 2019 lag Deutschland ebenfalls
34 bei knapp 15 %. Wir wollen die Forderung
35 des DGB nach einem „Marshall-Plan für Eu-

36 ropa“ wieder zur Debatte stellen. Schon
37 2019 hatte der DGB in für einen Zeitraum
38 von 10 Jahren Investitionen in Höhe von
39 260 Milliarden Euro jährlich gefordert. Die-
40 se wichtige Grundlage sollte wieder aufge-
41 griffen werden.

42 Die USA hat es vorgemacht: Die USA ha-
43 ben mit dem Inflation Reduction Act (IRA)
44 im Sommer 2022 ein Gesetz verabschiedet,
45 das mit einem starken wirtschafts- und in-
46 dustriepolitischen Ansatz, Antworten auf
47 die Herausforderungen des Klimawandels
48 und der sich in den USA immer weiter aus-
49 dünnenden Mittelschicht geben will.

50 Mit dem IRA wurde in den USA ein gro-
51 ßes Subventionsprogramm für die Transfor-
52 mation auf den Weg gebracht: Mit Steuer-
53 gutschriften sollen Investitionen in die En-
54 ergiewende und klimaneutrale Industrie-
55 produktion mit insgesamt 400 Mrd. Dollar
56 über zehn Jahre subventioniert werden. Die
57 Höhe der Subventionierung an Bedingun-
58 gen gekoppelt, so erhöht die Bezahlung gu-
59 ter Löhne „prevailing wage“ (idR. Gewerk-
60 schaftslohn) die Basisförderung beispiels-
61 weise um das Fünffache, so müssen Pro-
62 dukte in den USA gefertigt werden (Local
63 Content-Regeln).

64 Der Inflation Reduction Act sorgt für öf-
65 fentliche grüne Investitionen in Unterneh-
66 men. Dies sorgt dafür, dass sich die Unter-
67 nehmen aufstellen können und so wett-
68 bewerbsfähig bleiben. Hier sollte Europa
69 nachziehen.

70 Wir unterstützen die Forderung des DGB
71 nach einer aktiven Industriepolitik, um die
72 Gestaltung der sozial-ökologischen und di-
73 gitale Transformation voranzubringen und
74 zugleich zum Wohl der Gesellschaft und
75 der Beschäftigten zu gestalten. Eine aktive

76 Industriepolitik muss auch in Zusammen-
77 hang mit Guter Arbeit gebracht werden.
78 Der neue aktive Ansatz der EU-Kommission,
79 der sogenannte „Green Deal“ geht des-
80 halb in die richtige Richtung. Er ist aber
81 nur ein Teilaspekt zur aktiven Industriepoli-
82 tik. Aktive Industriepolitik erfordert vor al-
83 lem den Einsatz zusätzlicher Investitions-
84 mittel in die klimaneutrale Transformati-
85 on. Dazu muss der Staat sich von den
86 – in neoliberalen Zeiten – selbst aufer-
87 legten Fesseln befreien. Aktive Industrie-
88 politik bedeutet nicht nur politische Rah-
89 menbedingungen für Investitionen zu set-
90 zen, sondern auch aktives und strategi-
91 sches Handeln des Staates. Es genügt nicht,
92 gute Arbeitsbedingungen als Mittel zum
93 Zweck der Fachkräfte-sicherung zu behan-
94 deln. Vielmehr ist die gesamte Strategie
95 als zentrales Ziel auf Gute Arbeit auszu-
96 richten. Daher müssen staatliche Förderun-
97 gen für Unternehmen an Bedingungen ge-
98 knüpft werden. Förderung dürfen nur be-
99 willigt werden, wenn Unternehmen alle
100 Bedingungen erfüllen, d.h. Beschäftigungs-
101 , Standortgarantien und Kriterien für Gu-
102 te Arbeit (d.h. Mitbestimmung, Tarifbin-
103 dung, Ausbildung). Die bewährten Struk-
104 turen der Tarifautonomie und Mitbestim-
105 mung können und müssen genutzt wer-
106 den. Aktive Industriepolitik muss den Weg
107 von einer rein marktorientierten Klima-
108 politik hin zu einem integrativen Ansatz
109 weisen, der Klima- und Energiepolitik mit
110 industrie- und struktur-politischen Instru-
111 menten verbindet und die beschäftigungs-
112 politische Dimension in den Blick nimmt.
113 Auch Subventionen an Unternehmen, die
114 Ihre Wertschöpfungsketten klimaneutral
115 transformieren wollen, sollten nur mit den

116 oben genannten Bedingungen der Guten
117 Arbeit verknüpft werden.

118 Wir brauchen dringend mehr und ziel-
119 gerichtete Investitionen in Innovationen.
120 Investitionen in Innovationen sollten
121 ebenfalls nur unter der Bedingung von
122 Beschäftigungs-, Standortgarantie und
123 Garantie für gute Arbeit erbracht wer-
124 den. Es geht dabei um die Förderung von
125 Technologien, Zukunftsfelder und die Ent-
126 wicklung von Leitmärkten und industrieller
127 Wertschöpfung. Hier müssen wir massiv
128 in Infrastruktur, vor allem Schienen- und
129 Netzinfrasturktur investieren, in Ladeinfra-
130 struktur, E-Mobilität, digitale Technologien
131 und den Ausbau von erneubare Energien.
132 Von Vorteil sehen wir dies, dass wir auf der
133 einen Seite Deutschland klimaneutral und
134 wettbewerbs-fähig machen. Ebenso, dass
135 wir unsere Industrie zukunftsfest machen
136 und Dekarbonisierung und Transformation
137 vorantreiben. Unternehmen können so,
138 im Übrigen auch die digitale Transfor-
139 mation aktiv angehen. Auf der anderen
140 Seite schaffen wir damit endlich unsere
141 Ziele der höheren Tarifbindung und damit
142 Wohlstand für alle.

143 In diesem Zusammenhang begrüßen wir
144 die Forderung der SPD-Bundestagsfraktion
145 nach einem Brückenstrompreis. Damit kön-
146 nen energieintensive Produktionsprozesse
147 am Standort gehalten, transformiert wer-
148 den und Beschäftigung gesichert werden.

149 Wir brauchen eine Investitionsoffensive,
150 in Deutschland wie auch in der Europäi-
151 schen Union. Nur mit öffentlichen klugen
152 Investitionen in vielen Bereichen können
153 wir die Herausforderungen lösen, Gute Ar-
154 beit sichern, Wohlstand sichern und Klima-
155 neutralität schaffen. Diese deutsche akti-

156 ve Industriepolitik kann man in einer ge-
157 samteuropäischen Industriepolitik einbet-
158 ten. Langfristig ist es notwendig, mit gu-
159 ten Kooperationen die Dekarbonisierung
160 der Industrie auch global zu schaffen.

161 Notwendig hierzu wird es auch sein den
162 Klima- und Transformationsfonds zu stär-
163 ken und zukunftsfest zu machen. Und auf
164 europäischer Ebene einen europäischen
165 Transformationsfonds einzurichten mit z.
166 B. einem Volumen von 1 % des EU-BIPS
167 pro Jahr bis 2030. Damit können wir wett-
168 bewerbsfähige Energiepreise und Transfor-
169 mationsinvestitionen stärken und unter-
170 stützen.

171 Wir fordern daher, dass sich die SPD-
172 Abgeordneten in Bund, Ländern und in
173 der S&D-Fraktion für folgende Punkte stark
174 machen:

175 • Europäische Förderung von klimaneutra-
176 len Investitionen

177 • EU-Förderung (Zuschüsse an Unterneh-
178 men sowie Vergabe von Aufträgen von der
179 EU) an Tarifbindung, Mitbestimmung, Be-
180 schäftigungserhalt und Standortsicherung
181 knüpfen

182 • Angemessene Mindestlöhne in der EU:
183 Hierzu gehört eine feste Lohnuntergren-
184 ze, die den doppelten Schwellenwert von
185 60 Prozent des nationalen Bruttomedian-
186 lohns und 50 Prozent des nationalen Brut-
187 todurchschnittslohns – jeweils bezogen auf
188 Vollzeitbeschäftigte – nicht unterschreitet.

189 • Transnationale Mitbestimmung zu för-
190 dern, damit Mitbestimmungsflucht been-
191 det wird

192 • Mindestanforderungen für die Mittel der
193 Jugendgarantie geknüpft an Tarifverträge,
194 Mitbestimmung

195 • Eine gesamtheitliche aktive Industriestra-

196 tegie

197 • Staatliche Förderung nur in Zusammen-
198 hang mit Standort- und Beschäftigungsga-
199 rantien im Sinne der Guten Arbeit

200 • Eine schnelle Einführung des Industrie-
201 strompreises, um die Dekarbonisierung
202 voran zu treiben

203 • Ein schneller und intensiver Ausbau der
204 Infrastruktur

205 • Eine deutsche aktive Industriepolitik ein-
206 gebettet in einer europäischen aktiven In-
207 dustriepolitik mit dem Vorbild des IRA in
208 den USA

209 • Die Stärkung der Klima- und Transformati-
210 onsfonds sowie einen europäischen Trans-
211 formationsfond einrichten

212

213 Empfänger:innen: SPD-Landesvorstand,
214 SPD-Parteivorstand, SPD-Bundesparteitag,
215 SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Gruppe im
216 EU-Parlament, S&D Fraktion

217

218 Nach der Sitzung am 28.08.2024 wurde
219 der Antrag am 29.08.2024 an Abgeordneten
220 des Europaparlaments, die Landtagsfrak-
221 tion, die Bundestagsfraktion und an den
222 Bundesparteitag überwiesen.